

Fragestunde
 gemäß § 48 der Geschäftsordnung
 für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
 am 16. Juli 2015

Alte Fragen:

Nr. 306	<p>Dr. Sven-Uwe Schmitz CDU</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 295</p>	<p>Die Bundesregierung hat geplant, die Kommunen mit insgesamt 500 Millionen Euro im Bereich der Flüchtlingsunterbringung zu unterstützen. Laut Sozialminister Grüttner beträgt der Anteil Hessens, der an die Kommunen weitergegeben wird, 37 Millionen Euro.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Mit welchem Betrag an Bundesmitteln zur Entlastung bei der Unterbringung von Flüchtlingen kann die Landeshauptstadt Wiesbaden voraussichtlich rechnen?</p>
Nr. 297	<p>Simon Rottloff SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Wiesbaden nimmt derzeit - wie andere Städte auch - eine große Zahl an Flüchtlingen auf. Für eine gelingende Integration ist der frühzeitige Erwerb von Deutsch-Kenntnissen eine wichtige Voraussetzung. Seiteneinsteigern, also Schüler_Innen/SuS, die bisher im Ausland beschult wurden, mit wenig oder keinen Deutschkenntnissen, wird in Intensivklassen die Deutsche Sprache vermittelt. In Wiesbaden findet dies für SuS der Sekundarstufe an der Kerschensteinerschule statt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Wie viele Intensivklassen „Deutsch“ mit wie vielen Schülerinnen und Schülern gibt es derzeit an der Schule? b) Kann hiermit die Nachfrage gedeckt werden, oder besteht eine Warteliste? Ist diese Warteliste noch offen oder werden derzeit keine weiteren SuS aufgenommen? c) Falls nein: Wie verhält sich das staatliche Schulamt und damit das Land Hessen zu diesem Thema? d) Welche Möglichkeiten der Beschulung bestehen für SuS, die das 18. Lebensjahr erreicht haben und somit aus der Schulpflicht herausfallen?

<p>Nr. 298</p>	<p>Michael David SPD</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Neubau der Grundschule Breckenheim wurde seitens des TV-Breckenheim dargestellt, dass der Zustand des Breckenheimer Sportplatzes dem Sportbedarf im Ort nicht mehr entspreche.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. In welchen Punkten weicht der Breckenheimer Sportplatz von den geltenden Standards für die fußballerische Nutzung ab? 2. Welche Mindestmaße sind für ein Fußballfeld vorgeschrieben? 3. Welche Maße hat der Sportplatz Breckenheim? 4. In welchen Zustand befindet sich der Sportplatz Breckenheim? 5. Ist eine leichtathletische Nutzung ganzjährig oder mit Einschränkungen möglich? 6. Wie oft wurde dem Magistrat mitgeteilt, dass aufgrund der Platzverhältnisse Leichtathletik nicht ausgeübt werden konnte?
<p>Nr. 304</p>	<p>Manuela Schon Linke&Piraten</p> <p>Dez. VII z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 288</p>	<p>Ein aktueller Bericht in der Frankfurter Rundschau zu Wohnungsprostitution in Wiesbaden wirft zahlreiche Fragen auf.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Schulungen erhalten MitarbeiterInnen der Ordnungsbehörde zur Information über / für das Erkennen von Zwangslagen, Menschenhandel und Schuldklaverei? 2. Trifft es zu, dass zahlreiche Adressen von Terminwohnungen jeweils einem Vermieter zugeordnet werden können und wenn ja, wie viele im Einzelnen? 3. Wie erklärt sich der Magistrat, dass dieselben Frauen, die noch im Fox-Haus "unter Zwang" prostituiert wurden, jetzt unter anderen Adressen im Stadtgebiet "freiwillig" der Prostitution nachgehen?
<p>Nr. 301</p>	<p>Christian Bachmann UFW</p> <p>Dez. VII z.w.V.</p>	<p>An einigen Stellen in Wiesbaden ist in letzter Zeit ein vermehrtes Aufkommen von Personenkraftwagen und Lieferwagen mit ausländischen Kennzeichen und ohne Umweltplaketten zu beobachten.</p> <p>Aufgrund des teilweise regelmäßigen und dauerhaften Parkverhaltens ist davon auszugehen, dass die Halter bzw. Führer der PKWs, sich dauerhaft in Wiesbaden aufhalten.</p> <p>Hierzu frage ich den Magistrat:</p> <p>Inwiefern kann die Stadt Wiesbaden überprüfen oder bei entsprechenden übergeordneten Stellen darauf hinwirken, dass Autohalter mit ausländischem</p>

		<p>Kennzeichen, die in Wiesbaden leben, ihre PKWs ordnungsgemäß in Wiesbaden anmelden bzw. mit Umweltplakette ausstatten?</p> <p>Gibt es diesbezüglich entsprechende Dienstanweisung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamts?</p>
Nr. 305	<p>Claus-Peter Große Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 283</p>	<p>Die hessische Landesregierung bringt derzeit die vom Verkehrsministerium finanzierte Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen (AGNH) auf den Weg. Diese soll Verbesserungen in der Förderung des Rad- und Fußverkehrs bringen und für die Kommunen und andere Akteure eine Plattform für Kommunikation, Erfahrungsaustausch und Vernetzung bieten. Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ist ihm die Existenz der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen (AGNH) bekannt? 2. Falls ja, wer wird für die Landeshauptstadt Wiesbaden in diesem Gremium vertreten sein? 3. Falls ja, ist vorgesehen, dort den Schwerpunkt Fahrradverkehr zu bearbeiten?

Neue Fragen:

Nr. 288	<p>Hartmut Bohrer Linke&Piraten</p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 304</p>	<p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Welche Regelungen gelten für die Vermietung von Schulräumlichkeiten, z. B. an Vereine?</p> <p>- ausschließlich schriftliche Beantwortung -</p>
Nr. 283	<p>Claus-Peter Große Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Dez. VII z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 305</p>	<p>Auf der Basis eines Beschlusses des Ortsbeirats Wiesbaden-Dotzheim wurde die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf der Ludwig-Erhard-Straße zwischen Stegerwald- und Wiesbadener Straße von 50 km/h auf 70 km/h erhöht. In der Folge kam es zu Beschwerden von Anwohner/innen wegen des erhöhten Lärmpegels. Dies wurde durch Messungen zwischen 3. und 11. November 2014 auch nachgewiesen. Infolge der Geschwindigkeitserhöhung wird nunmehr der Auslösewert für die Lärmsanierung in Wohngebieten nachts um bis zu 1,8 dB (A) überschritten.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wie bewertet der Magistrat die eingetretene Überschreitung des sogenannten Auslösewertes? 2. Beabsichtigt der Magistrat die Geschwindigkeitserhöhung rückgängig zu machen,

		um eine Unterschreitung des Auslösewerts zu gewährleisten, da gemäß Schreiben vom 30.1.2015 des Dezernats für Umwelt und Soziales dadurch eine Verminderung des Schallpegels um ca. 2 - 2,5 dB (A) zu erwarten ist? Damit würde nahezu eine Halbierung des Lärms erreicht.
Nr. 295	Sandra Paffe CDU Dez. II z.w.V. getauscht mit Frage Nr. 306	Rodungsflächen beim Bau von Windkraftanlagen führen zu einer stärkeren Belichtung des Waldbodens, was die Mineralisierung des Humus beschleunigt. Dadurch erhöht sich die Gefahr einer Nitratauswaschung und damit die Nitratbelastung im Grundwasser. Der Grenzwert für Nitrat im Grundwasser liegt gemäß der Trinkwasserverordnung bei 50 Milligramm pro Liter. Eine höhere Nitrataufnahme kann bei Menschen zu erheblichen Gesundheitsschäden führen. Die geplanten Windkraftanlagen im Bereich der hohen Wurzel befinden sich im Bereich von Trinkwasserschutzzonen II und III. Es gibt Stimmen, die eine solche stärkere Verunreinigung des Trinkwassers mit Nitrat auch bei einem solchen Bauvorhaben prognostizieren. Ich frage den Magistrat: Kann der Magistrat ausschließen, dass auch die notwendigen Rodungen zum Bau der geplanten Windkraftanlagen im Bereich der hohen Wurzel zu einer erhöhten Nitratbelastung führen können?
Nr. 307	Kristof Zerbe Linke&Piraten Dez. I z.w.V.	Mit Beschluss Nr. 0619 der Stadtverordnetenversammlung vom 22.11.2012 wurde das Scannen eingehender Briefpost u.a. an Amt 51 beschlossen. Da diese Arbeiten im Dienstleistungszentrum / Poststelle auch durch externe Dienstleister durchgeführt werden, wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten: <ol style="list-style-type: none"> 1. Ist von diesem Vorgehen auch Post an das Jobcenter betroffen? 2. Wie wird sichergestellt, dass der Sozialdatenschutz auch bei den Scanarbeiten gewährleistet wird?